

UZ

Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Mai
2010

notizen

www.dkp-bottrop.de

aus Bottrop und Kirchhellen

Alles für die Banken – nichts für die Bürger

Was können Sie noch tun?

Die Finanzen der Stadt Bottrop befinden sich im freien Fall. Die Auswirkungen der größten weltweiten kapitalistischen Finanz- und Wirtschaftskrise haben die Stadt inzwischen mit voller Wucht erfasst und tiefe Spuren in dem kommunalen Haushalt hinterlassen. Gleichzeitig explodieren die Sozialausgaben. Trotzdem erhalten die Konzerne und Reichen in unserem Land in diesem Jahr Steuergeschenke in Höhe von 13 Milliarden Euro. Die Reichen werden in Deutschland immer mehr entlastet und die Armen belastet.

Die Rettung der Bank IKB vor einem Jahr kostete noch 10 Milliarden Euro, die Rettung der

Hypo Real Estate verschlang bereits mehr als 100 Milliarden Euro. Arbeiter, Angestellte, Rentner, Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger werden in den nächsten Jahren noch viel schlimmer bluten müssen, als ihnen dies derzeit noch vorgespielt wird.

Die Bundesregierung und die NRW Landesregierung verletzen immer dreister das Prinzip, wonach derjenige, der eine Leistung bestellt, auch dafür die finanziellen Mittel bereitstellen muss. Die dramatische Verschuldung der Kommunen ist von den Verantwortlichen in Bund und Land politisch so gewollt!

Anders gesagt: Die Herrschenden in diesem Lande sind nicht bereit,



das Ausplündern der Armen und Wenigverdienenden zu beenden – im Gegenteil, sie werden es verschärfen und auch bald die „Etwas-Besser-Verdienenden“ nicht mehr verschonen.

Was also muss geschehen? Es reicht nicht mehr aus, zur Wahl zu gehen. Es reicht nicht einmal mehr, die DKP zu wählen! Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, bleibt nicht anderes übrig, als sich selbst zu wehren: Beteiligen Sie sich an Widerstandsaktionen gegen Sparschweineereien, an Bürgerinitiativen und Gruppen, die gemeinsam kämpfen. Heute gilt – fast noch mehr, als bisher:

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!



Liebe Leserinnen und Leser,
der Siemens-Konzern muss mich wieder beschäftigen. Nach der erfolgreichen Klage vor dem Bundesarbeitsgericht im Juli 2009 gegen den Übergang des Arbeitsverhältnisses von Siemens auf BenQ habe ich jetzt vor dem Arbeitsgericht Wesel auch meinen Beschäftigungsanspruch durchgesetzt. Siemens hatte mich nach den juri-

stischen Erfolgen gegen den Betriebsübergang vorsorglich außerordentlich gekündigt. Die Verhandlung gegen die Kündigung vor dem Arbeitsgericht Wesel fand bereits am 28. November 2009 statt. Der Ausgang der mündlichen Verhandlung hat auch den Siemens-Anwälten deutlich gemacht, dass die Kündigung keinen Bestand haben wird. Auf Bitten des Siemens-Anwalts wurde die Verkündung des Urteils auf den 28. Januar 2010 terminiert, um Möglichkeiten für einen Vergleich zu schaffen. Erst als auch dieser Termin verstrichen war, gab es einen Vergleichsvorschlag von Siemens mit dem Angebot meine Altersteilzeit fortzusetzen. Dies entsprach immer meinem Ziel in der Auseinandersetzung mit der Siemens AG. Dieses Angebot war jedoch „vergiftet“: So verlangte Siemens in seinem Vergleichsvor-

schlag eine Verschwiegenheitserklärung, die mir untersagte, mich zum Betriebsübergang Siemens/BenQ und dem Erfolg vor dem Bundesarbeitsgericht öffentlich zu äußern. Auch die Weiterbeschäftigung bei Siemens sollte vor der Öffentlichkeit verschwiegen werden. Damit sollte eine unbequeme kritische Stimme gegen Siemens zum Schweigen gebracht werden. Den Versuch, mir das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung zu nehmen, habe ich zurückgewiesen. Ich lasse mir auch nach langer Zeit der Arbeitslosigkeit und unter finanziellem Druck nicht meine Würde nehmen. Da der Siemens-Konzern auf einer Verschwiegenheitserklärung bestand, forderte mein Anwalt das Arbeitsgericht auf, eine Entscheidung in dem Kündigungsschutzprozess zu verkünden. Erst unter diesem Druck

war Siemens bereit, auf die Verschwiegenheitserklärung zu verzichten. Das Arbeitsgericht Wesel hat den geänderten Vergleichsvorschlag zum 1. April 2010 in Kraft gesetzt.

Damit endet nach 31/2 Jahren die juristische Auseinandersetzung mit dem Siemens-Konzern. Mit der Durchsetzung meines Anspruchs auf Beschäftigung gegen Siemens vollendet sich der Erfolg vor dem Bundesarbeitsgericht. Mein Ziel war es, in dem Dickicht des Arbeitsrechtes einen Pfad zu schlagen, um für künftige betriebliche Auseinandersetzungen bei Betriebsübergängen günstigere Ausgangsbedingungen für Beschäftigte zu schaffen.

Viele Grüße und Danke für die vielen Solidaritätsbekundungen

Ihr Michael Gerber

Vor einem Hungerjahrhundert?

Mit nur 44 Milliarden Dollar im Jahr wäre der Hunger zu besiegen

Mehr als eine Milliarde Menschen auf der Welt leiden Hunger – so viele wie nie zuvor. Der traurige Rekord sei eine Folge hoher Lebensmittelpreise in Kombination mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, erklärte die UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) im November in Rom. FAO-Generaldirektor Jacques Diouf appellierte, die Investitionen in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion müssten drastisch gesteigert werden. Den 22 reichsten Ländern der Erde bescheinigte die Hilfsorganisation ActionAid, dass ihre Bemühungen unzureichend und erfolglos seien. „Alle sechs Sekunden verhungert ein Kind. Aber dieser Skandal könnte leicht abgestellt werden, wenn alle Regierungen entschlossen handeln würden.“ Am effektivsten helfen Luxemburg, Finnland und Irland, Deutschland steht auf Platz 14. Schlusslichter sind Japan, die USA und Neuseeland. Die Zahl der unterernährten Menschen steigt seit 1995 unaufhörlich an. Im Juni 2009 durchbrach sie erstmals die Marke von einer Milliarde, ein Jahr zuvor waren es 963 Millionen. Die Welthungerhilfe warnte, das 21. Jahrhundert drohe „zum Hungerjahrhundert“ zu werden. „Jeder Sechste hat nicht ausreichend zu essen“, erklärte der Verband anlässlich der Vorstellung des Welthun-

ger-Index 2009. Am schlimmsten ist die Lage in der Republik Kongo, wo drei Viertel der Bevölkerung hungern, gefolgt von Burundi, Eritrea, Sierra Leone, dem Tschad und Äthiopien. Während es China in den letzten zehn Jahren gelang, die Zahl der Hungernden in seinen Grenzen um 58 Millionen Menschen zu reduzieren, stieg die Zahl der Hungernden in Indien im gleichen Zeitraum um 30 Millionen an. Der Studie der Welthungerhilfe zufolge sind 70 Prozent der 1,4 Milliarden Armen weltweit Frauen. Sie müssen mit weniger als einem Euro pro Tag auskommen. Nach Schätzungen der UNO-Organisation müsste die Nahrungsmittelproduktion weltweit um 70 Prozent gesteigert werden, um die 9,1 Milliarden Menschen zu ernähren, die einer Prognose zufolge im Jahr 2050 auf der Erde leben werden. Dafür würden Entwicklungsländer jedes Jahr Hilfe in Höhe von 44 Milliarden Dollar für die Landwirtschaft benötigen verglichen mit derzeit knapp acht Milliarden Dollar. Und wenn es jetzt heißt: Spenden, spenden, spenden – dann sollte nicht vergessen werden, dass allein die Bundesregierung 2009 bereit war, 500 Milliarden Euro den darbenenden Banken in den Arsch zu blasen! Kapitalismus tötet – weltweit! *Jörg Wingold, Tel.: 685911*



Fast schon Tradition: Die DKP verteilte am Ostersonntag auf dem Markt Ostereier – natürlich mit einem Flugblatt zum Ostermarsch.

Rheinstahlstrasse Noch ein Parkhaus mehr

Die Stadt plant auf dem Gelände hinter dem Brauhaus die Errichtung eines einstöckigen Parkhauses für mehrere hundert Fahrzeuge. Dazu hat sie die Aufstellung eines Bebauungsplanes eingeleitet, da der bisher gültige den Bau eines Parkhauses nicht gestattet. Mit der bisherigen Ruhe in den Gärten der Rheinstahl- und der Pestalozzistraße wird es nach der Errichtung des Parkhauses vorbei sein. Da dort auch künftig Besucher des Brauhauses parken, wird es bis spät in der Nacht und an Wochenenden zu einer erheblichen Lärm- und Umweltbelastung kommen. Hintergrund der Planung ist die Gründung und der Bau der Fachhochschule auf dem Gelände der ehemaligen Albert-Schweitzer-

und der Agatha-Grundschule. Im Endausbau sollen künftig 800 bis 900 Studenten an der Fachhochschule studieren. Hinzu kommen mehr als 100 Dozenten und Angestellte. Für den notwendigen Parkraum ist dem Land NRW die Errichtung einer Tiefgarage zu teuer. Als Alternative ist das Parkhaus hinter dem Brauhaus vorgesehen. Dieses Parkhaus will der Betreiber des Brauhauses errichten und später an das Land NRW verpachten. Das Brauhaus plant darüber hinaus eine Erweiterung des Betriebes mit zusätzlichem Stellplatzbedarf. Die DKP schlägt stattdessen vor, das halb leer stehende Parkhaus am Bahnhof für die Studierenden und Angestellten der Fachhochschule zu nutzen. Mit den Buslinien oder mit dem Fahrrad ist die neue Fachhochschule in wenigen Minuten erreichbar. *Michael Gerber, Tel.: 96227*

Bei Problemen: An wen wenden?

Nach der Kommunalwahl sind inzwischen alle Vertreter der DKP in den Ausschüssen gewählt worden. Damit Sie wissen, an wen Sie sich bei Problemen wenden können, hier eine Übersicht der Vertreterinnen und Vertreter der DKP in den Ausschüssen:

Hauptausschuss:

Michael Gerber, **Tel.: 9 62 27**

Rechnungsprüfungsausschuss:

Irmgard Bobrzik, **Tel.: 6 20 20**

Planungsausschuss:

Michael Gerber

Bau- und Verkehrsausschuss:

Ulrich Kunold, **Tel.: 7 73 41 90**

Kulturausschuss:

Herbert Dibowski, **Tel.: 3 38 55**

Sozialausschuss: Irmgard Bobrzik

Wirtschaftsförderungsausschuss:

Michael Gerber

Schulausschuss: Michael Gerber

und Ulrich Kunold

Jugendhilfeausschuss:

Dagmar Gerber, **Tel.: 9 62 27**

BEST: Michael Gerber

Sport- und Bäderbetrieb:

Michael Gerber

Seniorenbeirat:

Ria Reichel, **Tel.: 5 18 30**

Behindertenbeirat:

Irmgard Bobrzik

Integrationsrat:

Michael Gerber

Gesellschaft für Bauen & Wohnen:

Irmgard Bobrzik

Zur Schuldiskussion

Gemeinschaftsschule muss her!

Die Diskussion über eine Realschule in Kirchhellen ist nicht neu. Es gibt sie, seit 1999 ein großes Bündnis aus CDU, DKP, Grünen, ÖDP und FDP die Schließung der Hauptschule Welheim verhindert und die dritte Realschule erkämpft hat.

Doch mittlerweile sind mehr als 10 Jahre ins Land gegangen, Jahre in denen es „PISA“ gab und ein Diskussion über eine grundlegende Änderung unseres Schulsystems gibt. Das dreigliedrige Schulsystem plus Gesamtschule ist überholt. PISA lehrt, dass unsere Kinder länger gemeinsam beschult werden müssen. Daher fordert die DKP nicht erst seit PISA ein einheitliches Schulsystem für alle, in dem alle Schulabschlüsse bis hin zum Abitur angeboten werden.

Die Idee, eine Schule für alle

Kinder und Jugendlichen einzurichten, unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Fähigkeiten und Neigungen und ihrem künftigen Beruf, reicht weit zurück. Forderungen, alle Kinder des Volkes in einer Einheitsschule zu unterrichten, lassen sich in Deutschland bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen.

Doch die jetzige Landesregierung hält weiterhin am dreigliedrigen Schulsystem fest. Die Forderung seitens der FDP nach einer Realschule in Kirchhellen ist ein Schritt in die Vergangenheit und spiegelt die Stagnation in der Schulpolitik in NRW wider!

Der DKP-Fraktion ist die hohe Anzahl auspendelnder Schüler aus Kirchhellen in die benachbarten Städte bekannt. Bekannt ist ihr auch, dass die Anmeldezahlen an den Bottroper Hauptschulen – rückläufig sind. Dieser Trend ist

im ganzen Land vorhanden. Aus diesen Gründen hält es die DKP-Fraktion für unbedingt notwendig, schnellstens nach den Landtagswahlen im Mai – egal, welche Regierungskoalition entsteht – eine grundlegende Schulreform mit dem Ziel der Schaffung einer Gemeinschaftsschule durchzuführen. In dieser Gemeinschaftsschule sollen alle Kinder beschult werden. Ein Schulverbund, wie es die CDU fordert, wird dem aber nicht gerecht und verhindert die Chance, dass die Schülerinnen und Schüler unseres Landes im internationalen Vergleich aufholen können und unsere Kinder die bestmöglichen Bildungschancen erhalten.

Michael Gerber (DKP-Fraktionsvorsitzender)

Ulrich Kunold (Schulpolitischer Sprecher der DKP-Fraktion)



Den oberen Teil dieses Plakats werden wahrscheinlich eine ganze Menge Bottroper Bürger unterstützen, wenn sie allerdings den unteren Teil sehen und erfahren, dass das ein Aushang im FDP-Büro ist, sagen sich doch manche: Das kann doch nicht ihr Ernst sein! Schließlich gibt es doch eine ganze Reihe FDP-Politiker, die sich mit Herr Minister, Herr Staatssekretär oder Frau Regierungsoberärztin anreden lassen. Gemeint ist also wohl: Für eine Karriere mit FDP-Parteibuch! Das sollten sie dann aber auch so schreiben – es wäre ehrlicher!

Hier wird Ihnen geholfen:
 DKP-Büro: Germaniastr. 54 Tel.: 68 81 57 oder dkp-bottrop@t-online.de

Kinderferienaktion der DKP in Frankreich



Auch in diesem Jahr können sich wieder Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren an einer Kinderferienfahrt nach Nordfrankreich vom 8. bis 21. August (2 Wochen) beteiligen: für 235,- pro Kind geht es zur Ärmelkanalküste (Nähe Calais) – Anmeldungen sind im DKP-Büro, Germaniastr. 54, möglich!

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



Jetzt kostenlos 4 Wochen testen!

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Jetzt muss der Bürger sprechen!

96 Grausamkeiten

Die Verwaltung hat dem Rat 96 Handlungsfelder für ein Haushaltssicherungskonzept mit einem Einsparvolumen von über 6 Millionen Euro vorgelegt. Selbst wenn alle freiwilligen Leistungen der Stadt mit 8 Millionen Euro gestrichen würden, wären dies nur ca. 18 Prozent des Haushaltsdefizits von 45 Millionen Euro.

Nach 20 Jahren Haushaltskonsolidierung hat die Stadt Bottrop in der Vergangenheit nie über ihre Verhältnisse gelebt. Grund für die städtische Verschuldung ist das kapitalistische Gesellschaftssystem und die Umverteilung des Reichtums von unten nach oben durch die Finanzpolitik von Bund und Land. Für die Rettung des Bankensystems während der weltweit größten Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung 500 Milliarden Euro bereitgestellt. Pro Kopf der Bevölkerung sind dies 6.172 Euro. Die gesamten städtischen Schulden machen mit 1.862 Euro pro Einwohner nur 30 Prozent dieser Summe aus. Statt Kahlschlag und Kaputtsparen der städtischen Infrastruktur ist ein Rettungsschirm für die Städte und Gemeinden notwendig!

Die DKP ruft auf, mit breiten Bürgerprotesten insbesondere folgende Einrichtungen und Maßnahmen aufrecht zu erhalten und deren Streichung zu verhindern:

- Keine Rücknahme des dritten **beitragsfreien Kindergartenjahres** sowie keine Anhebung der Einkommensgrenzen! DENN: Die Kitas haben einen Bildungsauftrag und müssen generell von Gebühren freigestellt werden.
- Keine Aufgabe des **Spielmobils** oder Reduzierung des Personaleinsatzes beim Spielmobil! DENN: Das Spielmobil ist ein unentbehrlicher Bestandteil der Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen. Notwendig ist stattdessen die Anschaffung eines zweiten Spielmobils.
- Keine Schließung der **Bücherei-zweigstellen** in der Boy, im Eigen und in Kirchhellen! DENN: Die Heranführung von



Die Stadtteilbibliotheken in der Boy und im Eigen werden auf den Internetseiten der Stadt Bottrop mit diesen Fotos und den Hinweisen auf die kulturellen Aktivitäten der Büchereien in den Stadtteilen vorgestellt – noch...

Kindern und Jugendlichen an Literatur ist ein unverzichtbarer Bildungsauftrag der Stadt und Bestandteil der Stadtteilarbeit.

- Keine Aufgabe von JEKI, der **Kulturwerkstatt**, keine Kürzung des Angebots der **Musikschule** und keine Entgelterhöhung! DENN: Bottrop ist von allen Ruhrgebietsstädten Schlusslicht in der musischen Erziehung und Förderung von Kindern und Jugendlichen!
- Keine Schließung des **Filmforums!** DENN: Das Filmforum ist mit seinen 80 Plätzen das einzige Kinoangebot in der Großstadt Bottrop. Statt einer Reduzierung muss das Filmangebot erweitert werden!
- Keine **Schließung von Schulen!**



Auch dieses Bild vom Eingang des Kommunalen Kinos stammt aus dem Internetauftritt der Stadt Bottrop, auch die jeweiligen Filme werden dort vorgestellt – hoffentlich läuft nicht bald „Die letzte Vorstellung“!



Die Einweihung des neuen Busses des Spielmobils 2007 mit viel städtischer Prominenz gefeiert – jetzt steht der Bus zur Disposition (Das Bild stammt übrigens aus dem Internetauftritt der Stadt Bottrop...)

DENN: Mit Sinken der Schülerzahlen müssen die Chancen zur Bildung kleinerer Klassen und zu einer Verbesserung der individuellen Förderung genutzt werden.

- Keine Schließung von **Lehrschwimmbecken an Schulen!** DENN: Neben den öffentlichen Bädern gibt es vier Lehrschwimmbecken an Bottroper Schulen. Eine Reduzierung würde zu einer weiteren Verringerung des Schwimmunterrichts an den Schulen führen. Schon jetzt gibt es immer mehr Schulkinder, die nicht schwimmen können.
- Keine Schließung des **Hallenbades Boy/Welheim** für den öffentlichen Badebetrieb! DENN: Mit der Schließung des Hallenbades Boy/Welheim würden für den öffentlichen Badebetrieb nur noch 2 Hallenbäder in Bottrop zur Verfügung stehen.
- Kein Verzicht auf Weiterbeschäftigung nach der **Ausbildung bei der Stadtverwaltung!** DENN: Die Stadt muss auch weiterhin über Bedarf Jugendliche ausbilden und auch nach Beendigung der Ausbildung befristet übernehmen. Für Jugendliche wird es immer schwerer, einen Ausbildungsplatz zu bekommen und die Möglichkeit für einen Berufseinstieg zu erhalten.
- Keine Kürzung des Personals in der Gleichstellungsstelle! DENN: Frauenförderung findet bei der Stadtverwaltung kaum statt. Statt einer Reduzierung muss das Personal in der Gleichstellungsstelle erweitert werden.
- Kein Personalabbau im **Bürgerbüro!** DENN: Der Aufwand beim Bürgerbüro wird in Zu-

Weihnachtsbeihilfe

Christen und Soziale dagegen



Michael Gerber, 96227

Aus der Rede von Michael Gerber, DKP, im Rat der Stadt zum Antrag auf eine Weihnachtsbeihilfe Ende letzten Jahres:

„Das Jahresende und Weihnachten naht und mit der gleichen Regelmäßigkeit der Antrag der DKP-Fraktion im Rat nach einer Weihnachtsbeihilfe für Menschen, die unter Hartz-IV-Bedingungen in unserer Stadt leben müssen.

Die Sozialverbände und der DPWV fordern seit Jahren eine deutliche Anhebung der Regelsätze. Dass Hartz IV nicht zum Leben reicht, kann auch an der stetig wachsenden Zahl der Teilnehmer am Bottroper Tisch und der Suppenküche Koltüsch aufgezeigt werden.

Selbst die Verwaltungsvorlage macht indirekt deutlich, dass ein Handlungsbedarf besteht. Den Heimbewohnern wurde 2006 von der Stadt als freiwillige Leistung ein Weihnachtsgeld von 36 Euro gezahlt, wie bis zur Einführung von Hartz IV ja auch allen Sozialhilfeempfängern.

Wie die Armut sich in unserer Stadt ausbreitet und welche Barrieren damit für eine gute schulische Ausbildung und eine berufliche Zukunft errichtet werden, macht der aktuelle Sozialbericht der Stadt deutlich. 3.350 Kinder und Jugendliche, also mehr als 20 Prozent leben unter Hartz IV Bedingungen.

Als Konsequenz fordern die Auto-

ren des Sozialberichtes: „Aufgabenstellungen, denen in den kommenden Jahren besondere Aufmerksamkeit zuteil werden sollte, sind die Armutsbekämpfung, die Integration sozial benachteiligter Menschen in die Gesellschaft.“ Weiter heißt es: „Alle Möglichkeiten der Armutsbekämpfung sollten genutzt und unterstützt werden, allerdings ohne die kommunale Verantwortung zu privatisieren.“ Genau dies geschieht zum Beispiel mit der Aufforderung an die Ratsmitglieder, Weihnachtspakete für die Teilnehmer des Bottroper Tisches zu spenden.

Bottroper Bürgerinnen und Bürger, die von Hartz IV, Sozialgeld oder Grundsicherung leben müssen, brauchen keine Almosen, sondern haben ein Recht auf ein würdiges Leben. Dazu gehört in unserem Kulturkreis auch das Recht auf ein würdevolles Weihnachtsfest und für die Kinder kleine Geschenke!

Die Verwaltung weist in ihrer Antwort auf unseren Antrag nicht zu Unrecht auf die schwierige finanzielle Situation der Stadt hin. Doch auch wenn wir alle freiwilligen Leistungen der Stadt streichen, kann sich die Stadt nicht aus der Schuldenfalle befreien. Hier sind

wir gefordert, endlich gemeinsam den notwendigen Druck auf Land und Bund auszuüben, damit die Städte und Gemeinden ihre Aufgaben für die Bürger wahrnehmen können.

Für die Rettung der Banken wurden innerhalb weniger Tage im letzten Jahr 500 Milliarden Euro bereit gestellt. In den Augen der Politik sind die armen Menschen unserer Gesellschaft jedoch nicht „systemrelevant“.

Wie in den letzten Jahren werden Sie heute unseren Antrag ablehnen, weil Sie die Armen in unserer Stadt bereits abgeschrieben haben. Sie wissen nicht, wie es in den Familien aussieht, wenn am 20. Dezember bereits das letzte Geld für den Monat verbraucht ist. Sie wollen es auch nicht wissen und verschließen davor lieber die Augen! Stattdessen werden Sie Ihr Gewissen mit einer symbolischen Spende beruhigen. Wenn Sie wirklich etwas für die armen Menschen unserer Stadt machen wollen stimmen Sie unserem Antrag zu.“

Anmerkung: Sie haben abgelehnt, die Christen der CDU und die Sozialen von der SPD! O Du fröhliche, o du selige usw. – Knecht Ruprecht sollte über sie kommen!!!

kunft weiter wachsen. Statt Personal abzubauen muss mehr Personal eingesetzt werden, um unzumutbare Wartezeiten von Bürgern zu vermeiden.

- Keine weitere **Privatisierung im Reinigungsbereich!** DENN: Statt einer weiteren Privatisierung soll die Reinigung künftig wieder von städtischem Personal durchgeführt werden. Zunehmend gibt es in Schulen Klagen von Schülern, Eltern und Lehrern über einen schlechten Reinigungsstandard der privaten Reinigungsfirmen.

- Keine Streichung der **Kontaktstelle** Borsigweg! DENN: Mit jährlich ca. 4.400 Besuchern ist die Kontaktstelle eine unverzichtbare Einrichtung für die Hilfe, Beratung und Betreuung Suchtkranker.

- Keine Erhöhung der **Hundesteuer!** DENN: Besonders für ältere Mitbürger sind Hunde wichtige Begleiter im Alltag. Hunde tragen zur Mobilisierung bei und beugen sozialer Vereinsamung vor.

- Keine Erhöhung der Gebühren für **Anwohnerparkausweise!** DENN: Für die Betroffenen sind Anwohnerparkausweise die einzige Möglichkeit, wohnortnah zu parken. Dies darf nicht auch noch bestraft werden.

- Keine Reduzierung des Pflegestandards in der **Grünflächen- und Friedhofsunterhaltung!** DENN: Bottrop hat keine großen Park- oder Grünflächen. Das geringe „öffentliche Grün“ darf nicht verringert oder weniger gepflegt werden. Mit einer Verminderung des Anteils „öffentlichen Grüns“ auf Friedhöfen ist eine Erhöhung der Friedhofsgebühren beabsichtigt.

- Keine Kürzung der **Unterhaltungsmaßnahmen bei Straßen und städtischen Gebäuden!** DENN: Die Reduzierung der Unterhaltung und Instandsetzung bedeutet ein systematisches Kaputtsparen auf Kosten der Bürger. Die Folgekosten sind unabsehbar.



Das „Bündnis gegen Kahlschlag – Für Kultur sozialen und Soziales“ machte auf dem Markt deutlich: Mit uns nicht! Es wurden Unterschriften gesammelt, die Infostände der wahlkämpfenden Parteien „belästigt“ und vor allem: Die Bürger wurden informiert.

Kaufland 1

Schwarz sehen?



Das Firmenimperium der Familie Schwarz – Stiftungen lohnen sich wohl, das Vermögen des Dieter Schwarz wird auf 11 Milliarden (!!) Euro geschätzt.

Im Wirtschaftsteil von t-online konnte man kürzlich lesen: „Lidl gerät laut dem ‚Manager Magazin‘ immer mehr unter Druck. Hohe Schulden und der anhaltende Preiskampf mit dem Haupttrivalen Aldi sowie der Edeka-Tochter Netto machen dem Discounter schwer zu schaffen. Zu Jahresbeginn hatte Edeka den Discounter Plus von Tengelmann übernommen und wandelt die Märkte seitdem in Netto-Läden um. Gemessen an der reinen Zahl der Verkaufsstellen rangiert Lidl seitdem nur noch auf dem dritten Rang in Deutschland.(...) Sollten Preise und Umsätze weiter fallen, könnte das zu einem Problem für Lidl werden. Laut ‚Manager Magazin‘ ist Lidl zurzeit etwa mit 16 Milliarden Euro verschuldet und braucht deshalb

einen stetigen Geldfluss, um die Darlehen weiter bedienen zu können. Lidl wächst zwar schneller als die meisten Wettbewerber, allerdings sinkt laut Bericht der Umsatz pro Quadratmeter Verkaufsfläche. Schrumpfen die operativen Gewinne weiter, könnten Zinssteigerungen die Schwaben ins Wanken bringen.“

Warum ist das wichtig – wichtig auch für Bottrop? Weil Lidl zum gleichen (Familien-) Konzern des Dieter Schwarz gehört, wie das kürzlich in Bottrop neu eröffnete „Kaufland“. Sollte Lidl also tatsächliche Wanken oder gar fallen, könnte es für das neue Kaufwunder am Berliner Platz auch wackelig werden. So ist das nun mal im Kapitalismus.

Jörg Wingold, Tel.: 685911

Kaufland 2

Ein Dementi, das keines war

Ein „Dementi“ bezeichnet gewöhnlich eine Äußerung gegenüber der Presse, dass eine Meldung unrichtig ist. Manchmal sind solche Pressemitteilungen aber eher Bestätigungen von Meldungen – wenn auch auf Umwegen. So etwas gab es kürzlich auch in Bottrop. Da hatte nämlich die DKP gegenüber der WAZ behauptet, bei „Kaufland“ seien viele ursprüng-

lich eingestellte Beschäftigte nach kurzer Zeit wieder entlassen worden.

Das Dementi der Geschäftsleitung von „Kaufland“: Nein, nein, das sei so nicht richtig! Vielmehr seien die jetzt nicht mehr Beschäftigten von vornherein zur Entlassung vorgesehen gewesen, das habe nichts mit eventuellen Umsatzproblemen der Bottroper Filiale zu tun...

Alles für das Kaufland?

Verkehrsregelung Berliner Platz



Das Überqueren der Straße beim Verlassen der Hauptpost ist durch die vor der Post parkenden Pkws fast unmöglich. Besonders für Personen mit Kinderwagen, Gehhilfen usw. kann der Berliner Platz dort nur über Umwege erreicht werden. Daher wäre es sinnvoll, einzelne Parkbuchten vor der Post zu entfernen, um einen Übergang zu schaffen.

Darüberhinaus kommt es immer wieder zu unübersichtlichen Situationen besonders beim Ausparken aus den dortigen Haltebuchten. Es gibt Autofahrer (besonders auswärtige), die durch die Möglichkeit, von beiden Seiten in die Parkbuchten fahren, irritiert werden und in die falsche Richtung ausfahren. Daher sollte die Verwaltung einen Lösungsvorschlag erarbeiten.

Außerdem sind Fußgänger beim

Überqueren der Straßen im Kreuzungsbereich Poststraße/ Brauerstraße zunehmend unsicher, da die bisherigen markierten Fußgängerübergänge fehlen.

Die DKP-Fraktion beantragte daher im Verkehrsausschuss die Einrichtung eines Fußgängerübergangs von der Post zum Berliner Platz in Höhe des Eingangs der Hauptpost.

Dagmar Gerber, 96227

Hilfe? Warum denn?

Gott in Weiß

Das Knappschaftskrankenhaus in Bottrop ist auf der Höhe der Zeit, so glaubt fast jeder, aber es gibt auch Ausnahmen in diesem Haus: Professor Dr. Meyer-Schwiekerath, seines Zeichens Leiter der Urologie. Können Sie sich vorstellen, dass dieser Mann kranke Patienten nach ein paar Tagen sogenannter Behandlung einfach entlässt, obwohl sie gegen diese Art der „Behandlung“ heftig protestiert?

Eine übergewichtige Patientin wurde mit dem Rettungsdienst in dieses Krankenhaus eingeliefert. Ihre Blasenfunktion war erheblich gestört. Die Patientin erhoffte Linderung, aber es geschah so gut wie nichts – außer Ungeheuerlichkeiten, wie: Die Statik des Hauses reiche nicht für ihr Gewicht, oder: Man habe für ihren Körperumfang kein Gerät, sie solle es doch im Duisburger Zoo versuchen ... Nicht der Arzt hilft, sondern der Kranke soll sich selbst helfen!

Für diese Frechheiten hat sich das

KKH bei der Patientin halbwegs entschuldigt. Es blieb auch nichts anderes übrig, denn im eigenen Haus steht eine geeignete Vorrichtung, um eine ordnungsgemäße Untersuchung durchzuführen! Wenn der Herr Professor die Fachklinik zu Rate gezogen hätte, hätte er das gewußt!

Aber die Ungeheuerlichkeit, einen kranken Patienten ohne notwendige Behandlung einfach wieder zu entlassen, grenzt an einen Fall für den Staatsanwalt, so meinte die Patientin – Stichwort „Unterlassene Hilfeleistung“! Es klafft offensichtlich beim Prof. eine große Lücke zwischen Wirklichkeit und Gehabe mit einer riesigen Portion Überheblichkeit. Denn: entweder „hatte“ seine Patientin „nichts“, als er sie aus dem KKH entließ oder sein Können reichte nicht aus, um Hilfe zu leisten. Wir warten auf eine Erklärung – und was die Ärztekammer dazu meint.

Hermann Bode

Ist das Auto das Ende der Geschichte?

Ein alternatives Verkehrskonzept muss her!

Verstopfte Straßen, unerträglicher Autobahnlärm, Staus, verspätete Busse, unpünktliche Züge, schlechte Verbindungen im ÖPNV, zu wenig Radwege – all das charakterisiert den Verkehr in unserer Stadt. Die Hauptverkehrsachsen in der Stadt, besonders die Nord-Süd-Verbindungen sind zu den Hauptverkehrszeiten vollgestopft. Nicht nur die B 224 im Osten, auch die Hauptverbindung mitten durch die Stadt muss immer mehr Verkehr aufnehmen, die West-Ost-Strecken entwickeln sich immer mehr zu Schleichwegen. Dadurch wird auch der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), der in Bottrop ausschließlich mit Bussen

bedient wird, für viele unattraktiver. Die DKP-Fraktion ist der Meinung, dass der bisherige Trend, alles Mögliche auf der Straße zu transportieren, umgekehrt werden muss. Das Geld, das heute in den Bau und Ausbau von Autobahnen gesteckt wird, ist für unser Klima eine vergeudete Investition. Vielmehr sollte dieses Geld in den ÖPNV und in den Ausbau des Schienenverkehrs investiert werden, um somit einen Beitrag zur Rettung des Klimas zu leisten. Sinnvoll wäre für Bottrop, ein integriertes Verkehrskonzept zu entwickeln, das alle Verkehrsformen berücksichtigt. Dabei sollte die Verkehrsplanung in Bottrop in

erster Linie unter ökologischen Gesichtspunkten erfolgen. Es sollten folgende Forderungen der DKP geprüft und umgesetzt werden:

- zweispuriger Ausbau der Bahnlinie zwischen Bottrop und Essen-Dellwig,
- 10-Minuten-Takt der S 9 nach Essen,
- 20-Minuten-Takt der RB 44 nach Oberhausen und fahrgastfreundliche Anbindung an die Rheinschiene,
- Einsatz von Fahrzeugen (Bus, Straßenbahn) im ÖPNV mit alternativen Antriebsarten,
- freies Parken für Pendler im Parkhaus am Hauptbahnhof,

- kein Ausbau der B 224 zur A 52 und
- Tempo 100 auf dem Bottroper Teilstück der A 2.

Auf Dauer und auf Perspektive helfen nur alternative Verkehrskonzepte, die den Pkw- und Lkw-Verkehr generell verringern, um uns vor dem Verkehrskollaps zu schützen. Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und die vorhandenen Wasserwege wären die richtigen Signale für eine nachhaltige Umwelt- und Verkehrspolitik. Die DKP-Ratsfraktion wird sich auf kommunaler Ebene dafür einsetzen!

Ulrich Kunold, Tel.: 7734190



Wenn Sie in Ihrer Wohnung einen Schaden haben, lassen Sie ihn reparieren oder machen das selbst, Sie würden kein Schild aufhängen „Vorsicht, Lampe kann runterfallen!“ An der Eisenbahnbrücke Prosperstraße/ Ecke Knappenstraße findet sich jedoch die hier abgebildete Warnung vor der Fußgängerunterquerung. Die DKP hatte schon mehrfach auf den unmöglichen Zustand dieser Brücke hingewiesen, bisher gab es nur Kosmetik. Wenn jetzt jemandem was auf den Kopf fällt: Es war doch vorher gewarnt worden!

KURZ UND KNAPP

DKP kritisiert Lichtverschmutzung

Bottrop soll im neuen Licht erscheinen. Dazu wurde von der Stadt eine Studie „Stadtlicht Bottrop“ beim Institut für Stadtplanung und Städtebau der Universität Duisburg-Essen in Auftrag gegeben. Die Zugänge der Stadt sollen erleuchtet, markante Bauwerke besonders hervorgehoben werden. Bäume im Ehrenpark und Stadtpark sollen in grünes Licht getaucht werden. Trotz sparsamer LED-Technik ist die Planung reine Verschwendung. Aus Kostengründen werden Ampeln, auch jene mit Energiespartechnik, abgeschaltet. Ein Vielfaches der Einsparungen soll jetzt mit dem Konzept der Verwaltung

verschwendet werden. Im Planungsausschuss kritisierte Michael Gerber (DKP) die zunehmende Lichtverschmutzung der Stadt und lehnte die Pläne der Verwaltung ab. Für die Umwelt ist eine weitere Ausleuchtung der Stadt alles andere als förderlich. Bewohner, aber auch Vögel und Pflanzen, werden in ihrem Bio-Rhythmus gestört. Für eine Belebung der Innenstadt sind andere Maßnahmen notwendig, als eine Beleuchtung des Rathauses. Ebenso wie bei der „Parkautobahn A 42“ werden mit dem Konzept „Stadtlicht Bottrop“ für Schauprojekte öffentliche Gelder verschleudert, die für Bildung und Jugend dringender gebraucht werden.

Herbert Dibowski, Tel.: 33855

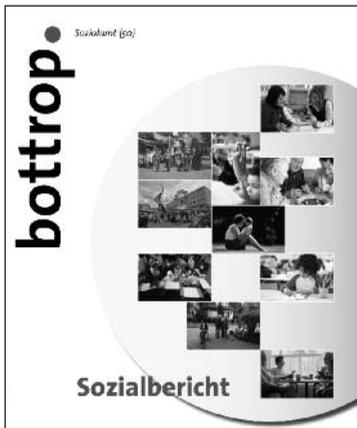
Bottrop streicht Geld für Parkautobahn A 42

Auf Antrag der DKP-Fraktion nahm der Ausschuss für Stadtplanung und Umweltschutz das Thema Parkautobahn A 42 kurzfristig mit auf die Tagesordnung. Nachdem sich immer mehr Städte aus einzelnen Projekten der Parkautobahn verabschiedet haben, konnte sich auch die Stadt Bottrop nicht länger einer Überprüfung der Planungen entziehen. Einstimmig beschloss der Ausschuss, dass Bottrop kein Geld für die Parkautobahn zur Verfügung stellt. Damit wird die geplante „Parktankstelle“ am Mitfahrerparkplatz an der A 42 nicht realisiert.

Im Bottroper Haushalt waren insgesamt 180.000 Euro Eigenmittel für die Parkautobahn vorgesehen. DKP-Ratsherr Michael Gerber: „Mit diesem Beschluss bestätigen sich unsere grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber der Parkautobahn A 42. Die wachsende Kritik in der Öffentlichkeit konnte auch von der Bottroper Stadtverwaltung sowie der SPD und der CDU nicht länger ignoriert werden.“ Gemeinsam hatten die kleinen Fraktionen DKP, Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP in der Vergangenheit immer wieder die Rodungsaktionen und Schaufensterprojekte der Parkautobahn kritisiert. Diese Hartnäckigkeit hat sich jetzt auszahlt.

Sozialbericht endlich erschienen

Armutsbekämpfung und bessere Bildungschancen müssen Vorrang haben!



In einer ersten Stellungnahme begrüßt die DKP, dass der Sozialbericht der Stadt Bottrop, erstellt durch das Berliner Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik, endlich vorliegt. Das Datenmaterial des Berichtes macht deutlich, wie sich Armut, gesundheitliche Probleme, mangelnde Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und schlechte Bildungschancen im Bottroper Süden konzentrieren. Mit 3.350 Kindern und Jugendlichen müssen über 20 Prozent dieser Altersgruppe unter Bedingungen von Hartz IV und Sozialgeld heranwachsen. Diese Jugendlichen haben kaum Bildungschancen und später

schlechte berufliche Perspektiven. Der Sozialbericht fordert als Konsequenz: „Neben der Linderung von Folgen materieller Not und der Betreuung der Betroffenen sollte zukünftig ein größeres Gewicht auf die Armutsprävention gelegt werden.“ Der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt in Batenbrock-Süd bereits bei 51 Prozent und auch in Altstadt, Nord-Ost, Welheim und Ebel/Welheimer Mark deutlich über 40 Prozent. Hier sind neue Konzepte der Integration notwendig, damit diesen Bewohnern die Zukunft nicht verbaut wird.

DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik: „Meine jahrelange Forderung nach einer Ausweitung der Leistungen des Bottrop-Passes werden auch im Sozialbericht empfohlen, ebenso die Finanzierung einer unabhängigen Arbeitslosenberatung. Kritikwürdig ist, dass der Darstellung der Situation von Frauen kein eigenes Kapitel gewidmet ist. Auch in Bottrop ist die Armut weiblich!“

Die DKP teilt die Aussage des Berichtes, dass es in unserer Stadt zu wenig preiswerten Wohnraum gibt und dass der soziale Woh-



nungsbau ausgebaut werden muss. Wie wenig kinder- und familienfreundlich Bottrop ist, zeigt sich unter anderem an der ungenügenden Anzahl von Spielplätzen mit altersgemischtem Angebot. Dieser Anteil liegt in Bottrop nur bei 16 Prozent! Empfohlen wird ein Anteil von 50 Prozent. Dringend notwendig ist der Ausbau der Kinderbetreuung von Unter-Dreijährigen in Kindertagesstätten, deren Anteil nur bei 8 Prozent liegt. Irmgard Bobrzik: „Die DKP erwartet, dass der Sozialbericht ausführlich in den Fachausschüssen diskutiert und Grundlage für künftiges Handeln der Stadt wird. Der Bericht muss in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben werden und darf nicht wie der letzte Sozialbericht von 1994 folgenlos in den Schubladen der Verwaltung verschwinden.“

KURZ & KNAPP

Meldungen aus dem Rat und den Ausschüssen

Im Bau- und Verkehrsausschuss war die DKP mal wieder die einzige Partei, die gegen die **Privatisierung der Reinigung** von Schulen stimmte. Alle anderen sind dafür, auch der Vertreter der Partei die Linke (PDL) stimmte zu. Im selben Ausschuss stimmten nur DKP und Grüne gegen die Erhöhung der **Kosten für Gehwege**.

Bei der Diskussion im Sozialausschuss waren sich alle mehr oder wenig einig: Eigentlich müsste man ja was tun **gegen die Armut** in der Stadt. SPD, CDU, FDP meinten – wie die Verwaltung: Aber es ist ja kein Geld da! Also müssen nach deren Logik die Armen arm und die Reichen reich bleiben – das haben sie nun davon ...

Im selben Ausschuss beantragte Irmgard Bobrzik, Vertreterin der DKP, wenigstens eine Prioritätenliste zu erstellen, was denn am Dringendsten gemacht werden muss, um das Elend zu lindern. Niemand stimmte dem zu.

Ein Vertreter des Instituts, das den **Sozialbericht** erstellt hat, bemängelte im Sozialausschuss, dass die Stadtverwaltung nicht ausreichend Daten geliefert habe und es an vielen Stellen daran mangle. Absicht oder Unvermögen – das ist hier die Frage!

Bottrop geht baden? Drastische Erhöhungen für Bäder

Auf der Sitzung des Betriebsausschusses des Bottroper Sport- und Bäderbetriebes im Dezember wurde eine drastische Erhöhung für die Benutzung der städtischen Hallenbäder und des Freibades Stenkhoffstraße beschlossen. Besonders für Kinder und Jugendliche erhöhen sich die Eintrittspreise. Der Preis für eine Dreißigerkarte für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren erhöht sich um 31 Prozent auf 42,00 Euro, die Zehnerkarte für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verteuert sich um 25 Prozent auf 15,00 Euro. Die DKP lehnt die Erhöhung als unsozial ab.

Michael Gerber, Tel.: 96227



Anlässlich der Etatberatungen im Rat der Stadt war auch ein Transparent zu sehen: Wir sagen nein! – das sagte auch die DKP zum Haushalt der Stadt Bottrop und lehnte insbesondere alle 96 Grausamkeiten ab (siehe Seite 4/5)